

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außsl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Februar 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-Veranlagungsmerate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 22.

Bundesstaat — Einheitsstaat.

Die meines Wissens von den Naturforschern bisher noch ungelöste Frage: War zuerst die Henne oder das Ei? ist in sinngemäßer Anwendung auf unsern Verband für uns längst entschieden: die ehemals lokalen Vereinigungen schlossen sich zunächst zu Bezirks- oder Gauverbänden zusammen, letztere wiederum zu dem, was wir jetzt mit berechtigtem Stolz als Verband der Deutschen Buchdrucker bezeichnen.

Es ist gewiß keine müßige Aufgabe, einmal zu untersuchen, ob und inwieweit unsere „Veseggebung“ in allen Teilen und in jedem Betrachter dem aus obiger Entwicklung geborenen Staatsgebilde entspricht. Um es gleich vorweg zu sagen: nach meiner Ansicht ist dies nicht der Fall. Wir stehen noch viel zu sehr im Föderativsystem und sind nicht Einheitsstaatler; selbst da, wo wir es ohne Schaden für unsre Organisation sehr wohl sein könnten und zum Nutzen und zur Befriedigung der einzelnen „Staatsangehörigen“ eigentlich sein müßten.

„Vorbildlich“ geht uns allerdings unser liebes deutsches Vaterland voran: Wir haben eine Reichsverfassung, einheitliche Reichsgesetze (beispielsweise das Bürgerliche Gesetzbuch; eine einheitliche Strafprozessordnung ist gegenwärtig in Arbeit), daneben in den 26 Bundesstaaten eine Unmasse von Landesgesetzgebungen, deren Anwendung in konkreten Fällen jedenfalls buchstäblich nicht dieselbe ist. Selbst in der Strafvollstreckung höchster Potenz zeigen sich Unterschiede: in Preußen schwingt der Genter das Richtschwert. Waden ist „humaner“, fortgeschrittener: an Stelle der „Handarbeit“ tritt hier die Maschine, das Fallbeil. Die Wirkung ist zwar dieselbe: immer tobt es bei Kopf.

So ungefähr (man entsehe sich nicht!) sieht es auch bei uns aus. Nach § 18 Abs. 3 unsres Verbandsstatuts verwaltet jeder Gau seine inneren Angelegenheiten selbständig in der von ihm festzustellenden Weise; nur muß derselbe das Statut des Verbandes ausdrücklich als für den Gau verbindend anerkennen.

Damit ist der bundesstaatliche Charakter unsres Verbandes festgelegt. Die Gauverwaltungen sollten aber meines Erachtens nichts anderes sein als eben Verwaltungen (und Agitations)bezirke mit einheitlichen Bestimmungen, wie ja auch im nächsten Paragraphen (19) das einheitliche Tätigkeitsfeld für alle Gauen bezeichnet ist.

Statt dessen sehen wir bis zur Stunde in den einzelnen Gauen in mehrfacher Beziehung Unterschiedlichkeiten, für welche ich eine Berechtigung mit bestem Willen nicht finden kann. Wir lassen uns so gern als Schrittmacher auf organisatorischem Gebiete bezeichnen. Also lege man einmal Hand an alte Einrichtungen, die sozujagen noch aus vormaliger Zeit stammen, sich aber heute überlebt haben dürften. Ich kenne und anerkenne keine Gaumitglieder, sondern überall Verbandsmitglieder.

Bezüglich des Konditionslosenzususses sind nunmehr alle Gauen vergangenheit. Nur schrittweise ist man dazu gekommen, und bis es dahin kam, waren langwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Gauen notwendig. Sämtliche Gaustatute sind mit den bezüglichen einheitlichen Bestimmungen angefüllt, an denen selbstverständlich seitens des einzelnen Gaus nichts geändert werden darf. Ein derartiger Versuch müßte wiederum den Verwaltungsapparat sämtlicher Gauen in Bewegung setzen, vielleicht sogar einen der beliebtesten Kongresse zur Folge haben.

Muß sich da nicht unwillkürlich der Gedanke in den Vordergrund drängen, den Gauzususs „in Anerkennung treuefleister Dienste“ zu verabsichtigen und denselben in gleicher oder ungefährer Höhe auf den Verband zu übernehmen? Die Mittel für die Vermögensmöglichkeit dieses Zususses schütteln die Gauen doch nicht aus den Rockärmeln, sondern erheben sie von den Mitgliedern. Kann dies nicht auch der Verband? In der Sache kein Unterschied, nur in der Form. Wieweil Einzelarbeit dadurch den Bezirks- und Gauverwaltungen erspart würde, ist ziffernmäßig nicht zu belegen; aber für die Erleichterung würde wohl jeder Unterlassiger dankbar sein.

Das mehr von guter Absicht als praktischer Einsicht diktierte Bestreben einzelner Gauen, Krankenzusussstellen zu gründen, müßte ebenfalls von der Generalversammlung dadurch illusorisch gemacht werden, daß dieselbe eine den heutigen Feuerungsverhältnissen mehr angepaßte Erhöhung der Krankengelder aus der Zentral-

kasse beschließt. Ansonst erleben wir auch hier wieder wie oben das erbauliche Schauspiel, daß die auf diesem Gebiete vorangegangenen Gauen Gegenseitigkeitsverträge mit andern Gauen abzuschließen sich bestreben, bis schließlich alle Gauen in das Schußbündnis einbezogen sind. Daß damit eine Menge organisatorischer Kraft abfordiert wird, die auf andern, wichtigerem Gebiete verloren geht, liegt auf der Hand.

Sehen wir weiter zu, wo das Selbstverwaltungsrecht der Gauen noch herrliche Blüten treibt, begünstigt von der Sonne der Zentralverwaltung.

Nach § 21 des Verbandsstatuts findet in der Regel jährlich eine Gaubelegiertenversammlung statt. Diese Unbestimmtheit öffnet der Willkür Tür und Tor. Der eine Gau nimmt die Bestimmung wörtlich und hält „in der Regel“ alljährlich seinen Gautag ab, auch wenn es auf demselben nichts anderes als die geschäftsmäßigen Angelegenheiten zu erledigen gibt. Andre Gauen machen eine Ausnahme „von der Regel“ und treten „regelmäßig“ alle zwei Jahre zusammen. Eine dritte, die vernünftige Kategorie, endlich glaubt sich damit begnügen zu können, nur alle drei Jahre die Vertreter des „Volkes“ sich versammeln zu lassen. Und doch ist im eben angeführten § 21 klipp und klar ausgesprochen, mit welchen Angelegenheiten die Gautage sich zu beschäftigen haben. Tatsächlich ist es auch so, daß von Königsberg bis Konstanz und von Breslau bis Weß der Beratungsstoff der Gautage der gleiche ist. Daß einmal in einem Gau zwischenzeitlich eine Angelegenheit aufstehen kann, die sich bis zum ordentlichen Gautage nicht verschieben läßt, also die Abhaltung einer Delegiertenversammlung unbedingt nötig macht, soll nicht in Abrede gestellt werden. Für solche Möglichkeiten kann Vorsorge getroffen werden und ist getroffen, wenn man sagt: in der Regel findet alle drei Jahre eine Delegiertenversammlung statt.

Große Gauen, die ihre Mitglieder an einem Orte beisammen haben (Berlin, Hamburg, Leipzig), brauchen selbstverständlich von dieser Bestimmung nicht getroffen zu werden. Diese kennen auch keine Delegiertenversammlungen, sondern ihre hinsichtlich ihrer Tätigkeit den Gaubelegiertenversammlungen gleichwertigen Versammlungen unterscheiden sich nur äußerlich, nur hinsichtlich der Tagesordnung von denjenigen, die sie jahresüber abhalten.

Man könnte ja vielleicht so liebenswürdig sein, diejenigen Gauen, welche das Bedürfnis haben, recht oft und mehr als andre zusammenzutreten, in ihren Zirkeln nicht zu fördern; für alte, liebe Gewohnheiten hat man ja immer etwas Schonung übrig. Und dies ist wohl mit ein Grund, weshalb man entgegen vorausgesetzter besserer Einsicht bisher sich nicht hat entschließen können, durch Abschneiden dieses alten Popes den Gauen eine gleichmäßige Frisur zu geben.

Nicht zu vergessen: die Sache hat auch einen finanziellen Haken. Drei oder zwei Gautage innerhalb drei Jahren kosten mehr als ein Gautag. Weshalb Mitglieder, die dauernd oder vorübergehend in Gauen ersterer Art konditionieren, für diesen Zweck stärker heranziehen als in solchen Gauen, die mit einer Delegiertenversammlung nur alle drei Jahre glauben auskommen zu können? Auch an dieser Stelle mag der Satz seine Berechtigung haben: Es gibt nur Verbandsmitglieder, keine Gaumitglieder.

Wenn der Nachweis geliefert werden könnte, daß es in Gauen mit alljährlichen Delegiertenversammlungen, ich will nicht sagen in jeder, sondern nur in mehrerer Beziehung um so viel besser bestellt sei als in den dreijährigen, dann wären meine diesbezüglichen Einwendungen als ad absurdum geführt. Vorläufig muß ich auf dem Standpunkte stehen bleiben, daß von oben herunter, d. h. von einer Generalversammlung, mit dem Luxus alljährlicher (und zweijähriger) Gautage aufzuräumen ist. Der Stoß, den dadurch die Selbstverwaltungsherrschaft erhält, wird leicht auszufallen und bald überwinden sein von solchen Kollegentreisen, die bei besserer Einsicht zugänglich sind, daß das viele „Kongresseln“ nur mehr eine Sucht ist, deren Pflege ein schönes Stück Geld kostet, das für andere, nützlichere Zwecke eine bessere Verwendung finden könnte.

Auch der Zeitpunkt für Abhaltung der Delegiertenversammlungen wäre einheitlich zu regeln, namentlich dann, wenn es gelingen sollte, die dreijährige Norm für alle Gauen zur Durchführung zu bringen. Über die Zweckmäßigkeit der Frage, ob ein Gautag vor oder nach der

Generalversammlung besser am Plage sei, kann man geteilter Meinung sein. Ich persönlich bin für Abhaltung vor der Tagung unsres Zentralparlamentes, ohne damit die gegnerische Ansicht schlechweg als falsch bezeichnen zu wollen. Aber die Anhänger der letzteren hätten wenigstens in diesem Jahre, wo der Generalversammlung hinsichtlich der bevorstehenden Tarifrevision und wahrscheinlich auch noch anderer Rückfragen wegen eine erhöhte Bedeutung zuzumessen ist, von ihrem „Prinzip“ abkommen können und sollen.

Die Beratung der Tagesordnung der Generalversammlung auf Gautagen vollzieht sich meist in zusammengezogener Form, beschränkt sich auf einen kürzeren Zeitraum und kann sonach für den Gang der Dinge auf der Generalversammlung von merklichem Einflusse nicht sein; zumal eine Instruierung der Delegierten, eine Festlegung derselben auf diesen oder jenen Punkt unangänglich ist, da imperative Mandate mit Recht als verpönt gelten, vielmehr jeder Delegierte die Grundlage für seine Stellungnahme und Abstimmung äußerlich unbeeinflusst lediglich auf der Generalversammlung gewinnen soll. Ein nach letzterer stattfindender Gautag dagegen hat ein klares Feld vor sich; die aus den Beschlüssen der Generalversammlung sich ergebenden Maßnahmen auf den Gau und die zu treffenden Maßnahmen derselben sind der Unsicherheit entriekt, was nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann, wenn die Gautage der Generalversammlung vorausgehen und sonach der Kleinere dem Größeren vorangestellt wird. Wo letzteres Verfahren beliebt wird, ist mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß nach der Generalversammlung die Abhaltung eines außerordentlichen Gautags sich nötig macht oder mindestens eine Bezirksvorsteherkonferenz stattzufinden hat, um das Anpassungsgeschäft zu erledigen.

Weit entfernt vom Einheitsstaate sind wir auch noch in einem andern Punkt, in bezug nämlich auf unser Verbandsorgan. Dieselbe Unterschiedlichkeit wie bei den Gautagen! In einem Gau ist das ganze, in dem andern das halbe Obligatorium eingeführt, eine dritte Kategorie kennt keines von beiden. Und doch sind wir alle Verbandsmitglieder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten! Man wird vorsichtig und jedenfalls ein guter Dialektiker sein müssen, um den Standpunkt zu verteidigen, daß die Bestüre unsres Verbandsorgans unter die Pflichten eines tüchtigen Verbandsmitglieds nicht zu rubrizieren sei. Mit diesem Sage habe ich meinen Standpunkt zu dieser Frage gekennzeichnet: ich bin Anhänger des vollen Obligatoriums und habe in langjähriger Erfahrung die Zweckmäßigkeit dieses Standpunktes erprobt gefunden.

Diejenigen Gauen, welche das halbe Obligatorium (auf zwei Mitglieder ein Exemplar) eingeführt haben, sind prinzipiell als auf demselben Standpunkte stehend zu reklamieren; die unvollkommene Durchführung des Prinzips ihrerseits findet ihre Erklärung lediglich in der Selbstfrage. Es handelt sich also bloß darum, diejenigen Gauen, welche von diesem „Geisteszwange“ noch unberührt sind, welche sich bis jetzt noch der goldenen Freiheit erfreuen, in diesem Punkte zu tun, was und wie es ihnen beliebt, für das Obligatorium zu gewinnen. Diese Frage ist schon wiederholt angeschnitten gewesen und ihre Lösung wird auch jetzt eine leichte nicht sein. Nicht so sehr deswegen, weil man sich in den widerstreitenden Kreisen nicht ebenfalls bewußt wäre, daß das Halben und Besen des „Korr.“ Pflicht- und Notwendigkeitsfrage für jedes Mitglied ist, für das jüngste wie für das älteste, für den erst in die Grundbegriffe unsrer Organisation sich Hineinarbeitenden Kollegen wie für denjenigen, der leibezuglich sich so gefestigt weiß, daß er es halb als eine Beleidigung empfindet, sich vom „Korr.“ über Dinge belehren lassen zu sollen, welche er ja schon längst kennt und weiß; vielleicht besser als diejenigen, die durch das Verbandsorgan zu ihm zu reden sich erübrigen.

Unter Berufung auf seine Stellung als „freier Mann“ gegen das Aufdrängen geistiger Kraft sich zu wehren, muß allerdings ordentliches Mitleid für den einflüßigen, der im Zeitalter des Antimodernitendens gegen die Beschränkung seiner freien Willensbetätigung auf diesem Gebiete mit Händen und Füßen sich wehrt. Unrecht ist und bleibt es aber dann, in einer Körperpersönlichkeit gleichberechtigter und gleichverpflichteter Personen in ein und demselben Punkt auf den einen Teil Zwang auszuüben und dem andern Teil es freizustellen, zu tun, was und wie es ihm beliebt. Hier, wo das Obligatorium nicht besteht, wirt sich der

Begner desselben in die Brust und pfeilt uns was auf daselbe; dort, wo es eingeführt ist, kann derjenige, der sich ihm nicht fügen will, ausgeschlossen und dadurch in 30-40-jähriger Mitgliedschaft erworbener Rechte beraubt werden. Und wenn ein Mitglied aus einem Gau ohne in einem mit Obligatorium verfahrenen Gau, dann ist es mit einem Schläge mit seiner Freiheit, mit seiner Selbstherrlichkeit, mit seinem Selbstbestimmungsrecht ausgerathet sich dem in dem betreffenden Gau bestehenden Obligatorium zu unterwerfen.

Durch dieses Beispiel wird so recht und treffend die Unhaltbarkeit des augenblicklich bestehenden Zustandes auch in diesem Punkte dargetan.

Wenn man auch die Pflichtseite ganz ausschalten wollte, so ergibt sich vom Standpunkte der Rechtsgleichheit nur das eine: Es darf in dem einen Gau nicht unter Zwang gestellt werden, was in dem andern der Freiheit unterliegt. Ich müßte es mir allerdings gefallen lassen, wenn mir von Gegnern des Obligatoriums erwidert würde, daß, um zu der von mir gewollten Rechtsgleichheit zu gelangen, auch der Weg eingeschlagen werden könnte, daß man das Obligatorium, wo es bereits besteht, wieder abschafft oder den betreffenden Gauen beschließen nur fakultativen Charakter beilegt. Das hieße aber das Pferd beim Schweif aufzäumen.

Die nicht allen Mitgliedern zuzugende und bei der verschiedenen Charakterveranlagung derselben auch nicht allen zuzugewandene Schreibweise des „Korr.“ kann und darf kein Grund sein gegen die Obligatorisierung desselben. Wir könnten ohne große Schwierigkeit zu ihr gelangen, wenn die noch weiterstrebenden Kollegen sich davon überzeugen lassen wollten, daß die vorstehend nur kurz gestrichelten Gründe für das Obligatorium viel schwerer wiegen als die vielfach nur auf subjektivem Empfinden beruhenden Freiheitsnöte.

Auf jeden Fall wird der nächsten Generalversammlung Gelegenheit gegeben werden, sich auch mit dieser Materie wiederholt zu befassen; hoffentlich mit gutem Erfolg in meinem Sinne. Dasselbe möchte ich wünschen auch bezüglich der andern von mir heute berührten Punkte; denn es ist nicht zu leugnen, daß die unterschiedliche Behandlung und Stellung auf Grund unterschiedlicher Beschaffenheit der einzelnen Gauen zu Unzuträglichkeiten führt und bei den Mitgliedern das Gefühl der Unbegünstigung auslöst. Wir wollen aber doch die Freude an unserm Verband und an Verbandsleben erhöhen; deshalb darf man nicht zurückschrecken und zaudern mit der Einführung von Reformen, welche im Ausbau unserer Organisation als einen weiteren Schritt zur Vollkommenheit bezeichnet werden können. Selbst dann nicht sollen wir darauf verzichten, wenn es dabei auch einige Empfindlichkeiten zu überwinden gilt. Zum „Regieren“ in den einzelnen Gauen gibt es auch nachher noch gerade genug. Und schließlich hat es sich noch selten als ein Unglück erwiesen, wenn das Regierungsgeschäft mehr von einer gut funktionierenden Zentrale aus geschieht. Zentralisation ist immer der Grundzug und das Grundbestreben unserer Organisation gewesen — warum also auf halbem Wege stehen bleiben, wenn man doch sieht, daß die andre noch zurückzuführende Hälfte keine größeren Schwierigkeiten bietet? Im Gegenteil, die Sache liegt sehr einfach. Und einmal gemacht, wird man sich bald damit befreundet haben und bald sich kaum noch daran erinnern, daß es einmal anders gewesen.

Freiburg i. B.

Hg.

Wie Jakob Rümmer berichtet.

Aus M. Gladbach geht uns von dem vorgenannten Ortsvorstehenden des Gutenbergbundes nachfolgender unverändert wiedergegebener Schreibbrief zu:

In Nr. 18 des „Korr.“ bringen Sie unter M.-Glabdach erneut eine Schilderung der im November 1908 von Mitgliedern des Gutenbergbundes angestellten bekannten Fiktion, welche zum Teil den Tatsachen nicht entspricht. Ich ersuche daher auf Grund des § 11 des Preßgesetzes höchlichst um Aufnahme folgenderichtigstellungen:

Nach dem Berichte muß der Leser annehmen, als ob erst nach mehrmaligem Schriftwechsel des „Prinzipals Pütz“ mit dem Arbeitsnachweisverwalter Stapper, nachdem letzterer mißtrauisch geworden, Herr Brandt bei Pütz vorsprach. Dieses ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß der fingierte Pütz sich am 20. November 1908 per Karte an Herrn Stapper wandte, am 23. von diesem Antwort erhielt und bereits am folgenden Tage, am 24. November, der Ortsvereinsvorsitzende Brandt bei Pütz vorsprach.

Es ist unwahr, daß ich mich auf der in der Angelegenheit stattgefundenen Konferenz mit Bezug auf die seitens des Herrn Brandt dem „Pütz“ gegenüber verübte Gefiltsvermittlung auf einen Zeugen berufen habe.

Wahr ist hingegen, daß ich wußte, daß außer den beiden keine weitere Person in dem betreffenden Zimmer war, auch Kollege Simonis nicht in einem Schranke saß. (Damit haben sich die Verbandsmitglieder sicher einen hübschen Varen aufbinden lassen!) Mein Gewährsmann war eben die durchaus glaubhafte Person des angeblichen „Prinzipals Pütz“, welche Herrn Brandt jederzeit gegenübergestellt werden kann.

Unwahr ist ferner, daß ich kein Bild mit meiner Beweise hatte.

Wahr ist, daß nach dem auch von Herrn Albrecht unterzeichneten Protokoll auf der Konferenz tatsäch-

lich festgestellt wurde, daß in dem Falle, worauf sich die Beschwerde stützte, Arbeitsnachweisverwalter Stapper bei der Überweisung der vorgemerkten Gehilfen von der Vorkchrift abgewichen ist und pflichtwidrig gehandelt hatte.

J. Rümmer.

Herr Jakob Rümmer nennt das eine preßgesetzliche Verächtigung! Offenbar hat er als Neutralitätskandidat mehr Routine als vom Preßgesetz eine Ahnung. Damit aber Rümmer weiß, was er zu tun hat, wenn er sich wieder einmal auf die Höfen setzt und eine Verächtigung für den „Korr.“ schreibt, sei ihm gesagt, daß sein Geschreibsel, soweit es als Verächtigung gelten soll, in vier so wesentlichen Punkten dem § 11 des Preßgesetzes nicht entspricht, daß kein Gericht uns zur Aufnahme dieser sogenannten Verächtigung zwingen könnte. Nur der Umstand, von unserm Freund Jakob einmal wieder ein Lebenszeichen zu erhalten, und die schöne Gelegenheit, an einem Schulbeispiele zeigen zu können, wie von einem Bündlerchristen das Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten, mit Füßen getreten wird, bestimmt uns zur Ausnahme.

Herr Jakob Rümmer, der in letzter Zeit nicht bloß im „Typograph“ Schmähungen gegen unsern Verband richtete, kann an der „von Mitgliedern des Gutenbergbundes angestellten bekannten Fiktion“ nicht deuteln, muß also die Schwindelerei mit dem vorgeschobenen Prinzipal Pütz und die damit dem Arbeitsnachweisverwalter Stapper gestellte Falle zugeben. Die Schilderung der Fiktion (zu deutsch Erdichtung oder Lüge) soll aber den Tatsachen „zum Teil“ nicht entsprechen. Wenn Herr Rümmer schon so viel zugibt, wird der nicht zutreffende Teil gewißlich klein, ganz klein sein. Wir kennen unsze Bündlerchristen, die strecken Stein und Wein und glauben mit dem Verjarren im Leugnen am weitesten oder überhaupt durchzukommen. Daß Rümmer, der in M. Gladbach die „salzarischen“ Kräfte doch aus dem ff gelernt hat, also soviel ohne weiteres zugibt, ist im höchsten Maße verdächtig.

Herr Rümmer's Verächtigungseifer der nicht entsprechenden Tatsachen steht daher vor schweren Aufgaben. Deshalb „berichtigt“ er sogar, was seiner Meinung nach der Leser der Korrespondenz aus M. Gladbach in Nr. 18 annehmen muß. Das hat so leicht noch niemand fertig gebracht.

Zwei weitere hübsche Leistungen vollbringt Jakob Rümmer, indem er einmal schreibt: „wahr ist hingegen, daß ich wußte“, und dann sagt: „die durchaus glaubhafte Person des angeblichen Prinzipals Pütz“. Doch halten wir uns mit diesen logischen Saltomortales nicht auf. Es genügt, dadurch einen kleinen Einblick in die geistige Verfassung dieses Herrn, auf den der Augenbund so stolz ist, erhalten zu haben.

Es ist bodenloser Schwandel, wenn Rümmer jetzt erklärt, daß „außer den beiden keine weitere Person in dem betreffenden Zimmer war“. Ja wohl, Herr Rümmer, es waren Zeugen in diesem zur Wohnung des Herrn Simonis gehörigen Räume. Für diese unsere Behauptung berufen wir uns auf Sie selbst! Sie sind die Person, die in Nr. 3 des „Typ.“ Jahrgang 1909 als „unser Gewährsmann“ angeprochen wird und dem die Redaktion des „Typ.“ zur Widerlegung einer voranstehenden Verächtigung des Kollegen Brandt das Wort erteilt, denn alles, was im „Typograph“ von M. Gladbach erscheint, ist das Wort Jakob Rümmer's. „Unser Gewährsmann“ erklärte sich da zu schreiben: „Unter 3 mill Herr Brandt feststellen, daß es bisher einen Prinzipal mit dem Namen Pütz nicht gibt“. Rümmer, der in der jetzigen Verächtigung an uns verschweigt, daß er der Fallsteller war, vielmehr als gemein Mitglied des Gutenbergbundes in M. Gladbach solidarisches für diesen unfaulernen Trick hatten läßt — nach eigenem Geständnisse sollen nur noch zwei Bündler an dem hinterlistigen Streiche beteiligt gewesen sein — spielt also hier eisensternig den Schwandel mit dem Prinzipal Pütz weiter! Ist das schon starker Tabak, so ist die jetzige Behauptung, daß keine weitere Person im Zimmer war, eine unerhörte Frechheit, denn Rümmer der Schreibfelle selbst erklärt in der gedachten „Typ.“-Nummer wörtlich:

Er hat aber doch persönlich mit einem Herrn Pütz geredet, und zwar unter Zeugen, wenn er diese auch nicht gesehen hat.

Danach müßte der bewußte Kleiderhant ja sogar noch mehr Einquartierung gehabt haben als nur eine Person. Uns ist schon viel passiert von Bündlern, aber eine solche Tatsachenverdröpfung ist denn doch noch nicht dagewesen. Und so etwas nennt sich christlich!

Mit dem hübschen Varen, der den „Verbandsmitgliedern“ durch die Korrespondenz aus M. Gladbach in Nr. 18 d. J. ausgegeben sein soll, verhält es sich so, daß Herr Simonis vor einiger Zeit selbst erzählt hat, daß er den unsichtbaren Zeugen im Kleiderhant abgeben hat während der bewußten Unterredung! Simonis war damals Ortskaffierer des Gutenbergbundes. Daß er zu dem Kleiderhantintermezzo in Nr. 18 schweigt und den mit einem robusteren Gewissen ausgerüsteten Rümmer das Vaterland retten läßt, ist ja recht bezeichnend. Nun, unser Gewährsmann würde Herrn Simonis sogar an anderer Stelle bestätigen, was er von ihm vernommen hat!

Herr Rümmer, der dem Kollegen Stapper eine christliche Falle stellte, um eine christliche Denunziation über Stappers Geschäftsführung an die zuständige Stelle zu richten, will mit dieser sogenannten Beschwerde sogar Bild gehabt haben. Das ist eine direkte Unwahrheit! Der Reinsfall liegt durchaus auf Seiten der M. Gladbacher Augenbündler, und wie in Nr. 16 des „Korr.“, Jahrgang 1909, zu lesen steht, hat der Prin-

zipalsvertreter Herr Otto den Jakob Rümmer ob dieser christlichen Spiegerei ein geförgiges Privatistimum gehalten. Wenn die „Beschwerde“ Rümmer's den Tatsachen entsprochen hätte, würde Stapper haben seinen Posten quittieren müssen. Es ist geradezu ein Skandal, wie auch jetzt noch, nach zwei Jahren, die schmähliche Handlungsweise von Rümmer und Konsorten zungunsten des Opfers dieser christlichen Selbstentachtung werden soll, und das noch dazu in Form einer Verächtigung nach § 11 des Preßgesetzes. Selbst die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ konnte sich damals nicht enthalten, „unvorrektes und bedauerliches Verhalten“ dem Gutenbergbunde vorzuwerfen, und wenn eine so mit dem Bunde sympathisierende Seite sich zu dem Urteile verneigt:

... ist unter allen Umständen die Handlungsweise des Ortsvereins in M. Gladbach auf das schärfste zu mißbilligen. Der Ortsverein in M. Gladbach war unter keinen Umständen berechtigt, durch fingierte Briefe die Tätigkeit der Arbeitsnachweisverwalter (der Plural ist ein Versehen oder ein Druckfehler der „D. B.-Ztg.“) nachzuprüfen. Das Verständnis des „Typ.“, daß der Vorsitzende des Ortsvereins nicht der Initiator des Vorgangs, sondern nur der Mitwisser gewesen sei, läßt die ganze Angelegenheit in einem recht bedenklichen Licht erscheinen. Eigentümlich ist es, daß der „Typ.“ für eine derartige Handlungsweise kein Wort des Tadel's findet,

so gehört wirklich die ganze Unverschämtheit eines Menschen wie Rümmer dazu, über die damalige vernichtende Kritik seiner (er ist wie jetzt auch damals der Spiritus rector gewesen) und seiner Spießgesellen perfide Machinationen jetzt mit dem Verächtigungsparagrafen hinwegkommen zu wollen.

Wir haben gewiß starken Raummangel, eine solche Betätigung der christlich-nationalen Weltanschauung aber an den Pranger zu stellen, dazu mußte Platz geschaffen werden. Es ist wahrhaft eine edle Rumpance, die derartige Machenschaften fähig ist und dann unter Verufung auf eine Gesetzesbestimmung der Wahrheit noch frivol ins Gesicht schlagen will. Psui Teufel über eine solche Christlichkeit!

Das Buchgewerbe im Auslande.

Großbritannien. Interm 15. Februar wird uns mitgeteilt, daß die Firma Potter & Co., Middlesex Street, nach einem halbwochigen Kampfe die fünfzigstündigen bewilligte. Sämtliche Streitenden nahmen sofort die Arbeit wieder auf. Den Anstrengungen der deutschen Streitenden Kollegen ist es zu verdanken, daß die deutschen Streikbrecher wieder abgezogen und somit auch gleichzeitig die englischen Kollegen ihre Plätze wieder einnehmen konnten.

Willing & Sons in Guilford haben sämtliche Säge vor die Alternative gestellt, entweder ihre Mitgliedschaft zum Provinzialverband aufzugeben oder in 14 Tagen die Stätte ihres Schaffens zu verlassen. Den Bleibenden wurden im ersten Jahre 1000 Pfd. Sterl. und in den folgenden Jahren 50 Pfd. Sterl. Hauskastenbeiträge versprochen. In Zukunft soll die Druckerei den Verbandsmitgliedern verschlossen bleiben.

Wenn man in Betracht zieht, mit welcher verhältnismäßigen Schnelligkeit sonst die Tagespresse von den Neben und Beschilfen der Prinzipalsvereinigung unterrichtet wurde, so ist es direkt verdächtig, daß man von der letzten Sitzung am 14. Februar nichts zu hören bekommen hat. Prinzipalsvereinigung ist eigentlich nicht die richtige Bezeichnung, nachdem nur ein halbes Duzend Firmen übrig geblieben ist, die immer noch den Beschluß der gesamten Prinzipals, niemals zu bewilligen, hochhalten. Unterdessen wandern die Druckkontrakte der periodischen Zeitchriften mit jedem Tage mehr und mehr in diejenigen Druckereien, in welchen es keine Zwistigkeiten mehr gibt.

In der Druckerei von König & Ebhardt gibt sich der Fatter Kresschmar aus Chemnitz große Mühe, englische Streikbrecher in die Geheimnisse der deutschen Schriftkisten und der deutschen Sprache einzuwöhnen. Der Steinbruder Roden aus Hannover ködte den Streikbrechern das Mittagessen, denn in der Mittagszeit hat unser „Lefanten-Wilhelm“ aus Berlin ein wahrsames Auge auf die „Ratten“ (Streikbrecher). Sein stark ausgebildetes Volkstribunenorgan bringt sofort eine Unsammlung zustande, und das ist den Streikbrechern furchtbar unangenehm. Um diese Ansammlungen zu verhindern oder zu verringern, hat man die landesübliche Arbeitszeit von 8 bis 6 Uhr auf 7 bis 5 Uhr verschoben. Während die hartnäckigen Prinzipale immer noch 52 Stunden offerieren, haben König & Ebhardt die Arbeitszeit zu 54 Stunden ausgedehnt.

Man beschränkt, daß König & Ebhardt in nächster Zeit „Vaterländer“ importieren werden. Der Steinbruder Roden wird sich dann größere Klotzöpfe anschaffen müssen. Die bei König & Ebhardt ausgeschlossenen Kollegen sind solche, auf die ein jeder stolz sein kann: ergrante Kämpfer in der Arbeiterbewegung, die mehr als einmal von Stadt zu Stadt, von Land zu Land mit Weib und Kind gewandert sind, um ihren gewerkschaftlichen Pflichten getreu zu sein und zu bleiben.

Interm 17. Februar erfahren wir: Im Westenwell Polizeigericht wurde am 16. Februar eine außerordentlich harte Strafe über einen jungen Anleger verhängt, weil er einen streikbrechenden Schriftstcher angegriffen hatte. Die anklagende Druckerei von Hazell, Watson & Viney verlangte durch ihren Vertreter eine exemplarische Strafe. Der Angeklagte, der eben die Schule

verlassen hatte, bekannte sich schuldlos. Troßdem der Angegriffene zugab, daß ihm der „Angriff“ keine „Wirkungen und Unbequemlichkeiten“ verursacht hatte, wurde der junge Bursche zu einem Monate Buchhaus verurteilt.

Am 18. Februar werden die Lithographen, Notendrucker und Linierer ihre Kündigung einreichen, um den noch streikenden Segern zum Siege zu verhelfen.

Während dieser Woche hat die Londoner Segergesellschaft etwa 1500 Pf. Sterl. an 1200 Streikende ausgezahlt. Der Verband der Papierlagerangestellten zählte an 500 Mann je 24 Schill. In voriger Woche waren die Ziffern bedeutend höher.

Österreich. Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, ist die im IV. Quartale des Vorjahrs von der österreichischen Gesamtorganisation ausgezahlte Summe für die verschiedenen Unterführungen eine größere als im Vorjahre. Sie betrug insgesamt 197318,40 Kr. Diese Summe verteilt sich auf 15 dem österreichischen Verbande angehörende Vereine: Die Zahl der steuernden Mitglieder betrug am Schlusse des IV. Quartals 1910 14982 — 96,81 Proz. der gesamten Gehilfenschaft.

Deutsche Schweiz. Am 11. und 12. Februar fand im schweizerischen Buchdruckgewerbe (Prinzipale und Gehilfen) die Urabstimmung über den Entwurf betreffend die Errichtung der paritätischen Arbeitsnachweise statt. Mit wuchtiger Mehrheit, 2099 Ja gegen 483 Nein, nahm der Typographenbund den Entwurf an. Im schweizerischen Buchdruckervereine wogte in den letzten Wochen ein bestiger Kampf; dort hatte der Paritätische verbissene Feinde, mit zäher Ausdauer wurden alle möglichen und unmöglichen Gründe ins Feld geführt, um den verhassten Arbeitsnachweis zum Falle zu bringen. Warum, ist schon mehrmals hier angeführt worden. Es war deshalb auch fraglich, ob die Abstimmung bei den organisierten Prinzipalen ein annehmendes Resultat zeitigen werde, was nun aber doch, wenn auch mit kleinem Mehr, eintrat: 110 Prinzipale stimmten mit Ja und 101 mit Nein. Im weiteren wurden vom Vorstande des Buchdruckervereins auch die Prinzipale, welche Nichtmitglieder waren, zur Abstimmung eingeladen; hier war das Resultat günstiger: 92 Ja und 41 Nein. Von der sogenannten „neutralen“ Buchdruckerwerkstätte hatte man von Anfang an auf einen zufälligen Entscheid nicht gerechnet und man hat mit dieser Vermutung recht behalten; mit großer Mehrheit haben diese Herren den Entwurf abgelehnt. In ihrem Organe wurde eine beispiellose Hege getrieben, das Menschenmögliche wurde geleistet; der „rote“ Typographenbund wurde in allen Tonarten zitiert, um die Mitglieder das Gruseln beizubringen. (Genau wie in Deutschland. Red.) Den Herren von jener Gewerkschaft würde es nur recht sein, wenn es wegen der Frage des Arbeitsnachweises zu einer Aussperrung oder Streik käme, das wäre Wasser auf ihre Mühlen.

Vorausichtlich aber wird nun der paritätische Arbeitsnachweis zwischen dem Typographenbund und dem Buchdruckerverein allein abgeschlossen und die Gewerkschaft ausgeschlossen, was ihr dann wohl den Todesstoß versetzen wird.

Romanische Schweiz. Ein Mitarbeiter des „Gutenberg“ geistete neulich den Brauch seiner Kollegen, auf ihren Weisen nie ihr Sprachgebiet zu verlassen und führt als nachahmenswertes Beispiel die Wanderlust der deutschsprachigen Buchdrucker an: „... Wem wir diesen nach, die, ohne sich zu fürchten, alle Länder bereisen; sie scheuen sich nicht, ihre Zelte in Gebieten aufzuschlagen, deren Sitten und Gebräuche so verschieden von den ihren sind. ...“

Von Genf aus wird über den Boykott gegen die „Tribüne“ berichtet, daß nach und nach der Kampf Früchte bringt: manche der bisherigen Insurgenten lehnen weitere Auftritte ab. Die „Tribüne“ hinduerum druckte vor kurzem zwei Briefe ab — der eine war unterzeichnet: „Die rote Hand“ —, worin Manuskripten aufgefördert wurden, das Geschäft zu verlassen; im Weigerungsfalle wurde ihnen der Tod angedroht (!).

Frankreich. Am Kopfe der vorletzten Nummer des französischen Verbandsorgans macht das Zentralkomitee folgendes bekannt: „In unsrer Mitglieder! Am Sonntag, dem 15. Januar, beim Verlassen der ersten Sitzung des neuen Zentralkomitees, wurden die Delegierten der Maschinenmeister das Opfer eines Hinterhalts. Unter der Anführung der Kollegen Dubilieur und Marie bereiteten ihnen die Drucker eine abscheuliche Szene. Dubilieur, der ständige Verwalter, zeichnete sich aus durch eine empörende Grobheit, die sich bis zu Gewalttätigkeiten verstieg; er drohte diesen schrecklichen Auftritt zu wiederholen und beschimpfte das gesamte Zentralkomitee. Solche Sitten zeigen einen nicht zu duldenen Geisteszustand und entehren unsern Beruf. Wir bitten uns, die Aufführung von Kollegen zu erläutern, die anstatt der Ideenaussprache Schläge und Schimpfworte gebrauchen und überlassen unsern Mitgliedern, darüber zu richten und ihre Schlüsse zu ziehen.“ Dieses Wortkommis wirt ein großes Licht auf das kollegiale Leben der französischen Kollegen.

Der Vorliegende Reuser schließt in einem „Dem neuen Messias“ überschriebenen Artikel angesichts all der Beschimpfungen und Verleumdungen in den sozialistischen und anarchischen Blättern sowie im Pariser Monatsbulletin und von seiten des einzigen im Zentralkomitee sitzenden Oppositionsmitglieds Boubet folgendermaßen: „... Aber meine Kollegen werden einsehen, daß es unmöglich ist, sich immer angreifen und beschimpfen zu lassen, ohne zu antworten. Diese Federtriege, diese Streitereien werden sich fortsetzen zum größten Schaden unsrer Vereinigung und der Gesamtinteressen. ... Daß man es nur wisse, wir sind im Zentralkomitee fest entschlossen,

es nicht länger so weitergehen zu lassen; lange genug waren wir der Ambos, nun werden wir der Hammer sein. Zu lange betamen wir die Schläge, unsre Gefasensheit ist erschöpft!“

Der Vorstand des Pariser Segervereins beschloß den gerichtlichen Weg zu betreten; wenn seinen Ansinnen, den nach seiner Meinung ungültig gewählten Zentralvorstand abzusetzen, nicht stattgeben wird. Die Vorstände der Drucker und Korretoren haben schon das gleiche angeregt.

In der ersten Hälfte des Januar waren Lustnaben in folgenden Orten zu verzeichnen: Montluçon, St. Etienne, Toulouse, Auch, Lunelville, Privas, Thonon-les-Bains.

Durch Unterhandlungen der sogenannten gemischten Kommission wurden Verbesserungen in Le Mans erzielt: der Tageslohn wurde um 4 Pf. erhöht und vom Januar 1913 ab steigt das Minimum auf 6 Fr. täglich (bisher gab es nur 4 Fr.). Auch in Nantes wurde ein annehmbares Ergebnis erzielt. In Armentières ist seit Neujahr der Neunstundentag eingeführt und der Tageslohn (bis zu 1,50 Fr.) erhöht worden. — In Toulouse und in Auch weigerten sich die Prinzipale mit den Gehilfen zu unterhandeln. — Zurzeit sind Tarifkämpfe noch in Montluçon, St. Etienne, Lunelville, Remours und Pacy-sur-Cure. — In Nantes wurde nach sechstägigem Ausstände folgendes erreicht: Neunstundentag; ein Bezahlung auf fünf Gehilfen; Erhöhung des Tageslohns im gewissen Umfange von 6 Fr. auf 6,30 Fr.; in zwei Zeiträumen wird der Tageslohn von 55 auf 60 Cent für Petit und Borgia erhöht; Verbesserungen in der Bezahlung beim Werktag (Autokorrektoren, Kastenwechsel, Unterlegungen); die Vintypseher erhalten in Zukunft 8 Fr.; die Maschinenmeister — je nach der Maschine — 6,30 Fr. bis 7,25 Fr.

Im September wird in Roubaix ein Kongreß stattfinden, der sich mit der Regelung des Bezahlungsweises beschäftigt und an dem Gehilfen wie Prinzipale teilnehmen.

Belgien. Hier ist noch immer alles in Fluß. Etwa 35 Prinzipale des Bundes von Charleroi haben die Gehilfenforderungen bewilligt. Seit dem 27. Januar streiken die Kollegen in Verviers; mit Ausnahme der Zeitung „Le Travail“, die die Forderungen bewilligt hat, erschien kein Blatt; etwa 40 Druckerereien kommen in Frage.

Zu den in Tarifbewegung stehenden Bezirken Charleroi, Verviers und Lüttich hat sich nun noch der von Hasselt gefeilt. Hier weigerten sich die Kollegen, eine von Lüttich kommende Arbeit auszuführen und verließen 15 Mann stark die Druckerei. Der Prinzipal befaß sich eines Besseren, so berichtet eine im letzten Augenblick eingetroffene Notiz, schickte den Auftrag zurück und sein Personal bezog wieder die alten Plätze. — In Lüttich hatte sich bis Mitte Februar nichts geändert. 27. Druckereien mit 174 Gehilfen haben bewilligt; „autständig“ sind etwa 500 Arbeiter. — Im Becken von Charleroi beharren noch fünf bedeutende Druckereien im Widerstand; in Verviers — wie in Lüttich — lehnten die Prinzipalsvereinigungen jede Unterhandlung mit der Gegenpartei ab. In ihrer letzten Versammlung beschloß die Freie Vereinigung von Buchdruckern in Brüssel, den Ausständigen 20000 Fr. zu übermitteln.

Holland. Mehr und mehr scheint sich auch in Holland der Gedanke eines Einheitstarifs unter den Prinzipalen Bahn zu brechen. In einer Prinzipalsversammlung zu Amsterdam wurde vor kurzem darauf hingewiesen, daß den noch verschiedentlich bestehenden Prinzipalsklubs ein Ende bereitet werden müsse, weil nur eine Zentralisation der Prinzipale instande sei, die Lösung eines einheitlichen Tarifs mit der Gehilfenschaft durchzuführen. Seit den letzten 50 Jahren sei in Holland keine nennenswerte Prinzipalsorganisation zu verzeichnen gewesen. Seit der Zeit aber, wo die Prinzipale an der Förderung von Sachinteressen nicht mehr mitarbeiteten und sich als alleinige Herren im Gewerbe fühlten, entstand eine größere Bestimmung zwischen Arbeitgeber und -nehmern. Der Zusammenschluß der Gehilfen zwang die Prinzipale, sich gleichfalls zu vereinigen, doch geschah dies hauptsächlich zu dem Zweck, um sich den Gehilfen als Feinde gegenüberzustellen. Das müsse indessen als Fehler bezeichnet werden. Die Hauptaufgabe beider Organisationen müsse die Verbesserung und Hebung der Lage des Gesamtgewerbes sein. Seien beide Parteien organisiert, so werde durch gegenseitige Verständigung der soziale Frieden gewährleistet, wohingegen der Streit stets heimliche Nachsicht in sich schließe und Schaden für den Betrieb hinterlasse. Wahrheit sei es, daß die Typographie eines der schönsten, aber auch eines der schlecht bezahltesten Gewerbe Hollands genannt zu werden verdient. Wegen des geringen Gehilfenlohns seien geschulte junge Leute zum Erlernen der Kunst nicht zu bewegen, sondern mit Vorliebe meldeten sich solche, welche in der Schule nicht so recht vorwärts kamen. Mit solchen Leuten müsse sich der Prinzipal dann zufriedengeben. Solange aber dieses System von den Prinzipalen gehandhabt werde, hätten sie kein Recht, über minderwertiges Personal zu klagen. Menschen mit harten Köpfen könne man eben in unserm Gewerbe nicht gebrauchen. Unrichtig sei es auch, wenn behauptet werde, daß mit Rücksicht auf die Konkurrenz kein höherer Lohn bezahlt werden könne. Die Prinzipalität pflege Philantropie der gewöhnlichsten Sorte, indem sie die Druckfaden unter Kostenpreis an die Kundschaft abgebe, es herrsche wahre Anarchie in der Preisberechnung. Was die holländischen Prinzipale benötigten, sei, daß sie rechnen lernen. Die Buchführung und dadurch die Übersicht über das Geschäft ließen viel zu wünschen übrig.

Sieben Bestimmungen seien für ein gutes Vorausschreiten eines Geschäfts nötig und zwar: 1. eine gute Einrichtung, 2. ein gut geschultes Personal, 3. eine bewährte Geschäftsleitung, 4. gute Buchführung, 5. geeignete Kontrolle, 6. genügendes Betriebskapital, 7. genügende und gut bezahlte Arbeit. Beim Bezeichnen der einzelnen Punkte wurde auch der verschiedenartigen Berechnungsweise der allgemeinen Unkosten Erwähnung getan. Erst bei größerer Einheitlichkeit der Preisberechnung, welche aber nur durch Zwang zu erreichen sei, wäre die Einführung eines Tarifs möglich. Im Anschluß an diese Ausführungen wurde vorgeschlagen, eine Kommission zu ernennen, die einer späteren Verammlung Vorschläge zur Verbesserung der gewerblichen Zustände unterbreiten sollte, um dann einen Tarif zu schaffen. Dieser Antrag wurde jedoch vom Vorliegenden als noch verfrüht erachtet.

Bulgarien. Dem Internationalen Sekretariate ging vom Vorstande des Bulgarischen Typographenbundes die Nachricht zu, daß die Aussperrung in Sofia beendet ist. Die Gehilfenschaft faßte nach wochenlanger Dauer ihres Abwehrtreits den Beschluß, nur unter der Bedingung an die Arbeit zurückzukehren zu wollen, wenn sich die Prinzipale bereit erklären würden, ihren drakonischen Tarif zurückzugeben. Durch diesen Tarif sollten bekanntlich der Gehilfenschaft 16 landesübliche Feiertage entzogen und an Stelle eines bestimmten Wochenlohns der Vorkostenlohn treten. Außerdem sollte die tägliche Arbeitszeit verlängert werden. Während die Prinzipale bis jetzt auf der Einführung des von ihnen beschlossenen Tarifs bestanden, zeigten sie sich vom Vorschlage der Gehilfen doch überaus nachsichtig und stimmten nach gemeinsamen Besprechungen der Wiedereinführung des alten Tarifs zu; allerdings mit dem Vorbehalte, daß in einigen Druckereien die Arbeitszeit um eine Viertelstunde täglich verlängert würde, wogegen den betreffenden Gehilfen ein höherer Lohn zugesichert wurde. Daraufhin erfolgte die Aufnahme der Arbeit. Bis auf zehn wurden alle Gehilfen wieder eingestellt. Außerdem schlugen die Prinzipale vor, in nächster Zeit wieder an die Aufstellung eines kollektiven Arbeitsvertrags heranzutreten. Der wirtschaftliche Krieg scheint ihnen die Erkenntnis beigebracht zu haben, daß der gemeinam vereinbarte Tarif dem Gewerbe am förderlichsten ist.

Korrespondenzen.

D. Bingen a. Rh. Unsr Generalversammlung fand am 4. Februar bei gutem Besuche statt. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, erstattete der Vorliegende Blafschle den Jahresbericht. Der Bericht über den Stand der Kasse ergab ein befriedigendes Bild. Nach dem Revisionsberichte wurde die Entlastung des Kassierers ausgesprochen. Hierauf erstatteten die Bibliothekare und die Kartellbelegten ihre Berichte über das abgelaufene Jahr. Die Wahl des Vorstandes konnte in der Versammlung nicht erledigt werden und fand zu diesem Behuf acht Tage später eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher Vorsitzender, Schriftführer und Revisor neu, die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden.

Braunshweig. Hauptbezirksversammlung vom 12. Februar. Auch von der zweiten in diesem Jahr abgehaltenen Versammlung können wir wieder mit großer Freude konstatieren, daß sie außerordentlich stark besucht war, und daß die Sparte der Nichtversammlungsbesucher ganz bedeutend im Niedergange begriffen ist. Zahlreich waren auch unsre Mitglieder aus den Bezirksorten Schöningen, Wolfenbüttel, Seesen, Holzwinden, Wienenburg und Garzburg, teilweise sogar vollständig erschienen. Insgesamt waren etwa 200 Kollegen anwesend. Es ist nicht zu verkennen: es geht ein frischer, lebhafter Zug durch die Mitglieder, der zwar dringend nötig, der aber auch von dem guten Geiste der Kollegen und von ihrem großen Interesse für die kommenden Ereignisse schönes Zeugnis ablegt; und können wir nur wünschen, daß dieses in einer noch weiteren Steigerung der Zahl der Versammlungsbesucher seinen Ausdruck findet. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Gustav Meyer in üblicher Weise. Unter „Geschäftliches“ wurde u. a. einem in der Krankenkasse ausgesteuerten Mitglied eine weitere laufende Unterstüzung aus Bezirksmitteln bewilligt. Hierauf wurde die Uredung pro IV. Quartal ohne Debatte einstimmig genehmigt und ebenfalls die gedruckt vorliegende Jahresabrechnung. Dann erstattete der Vorliegende Reuter in längeren Ausführungen den Jahresbericht, der, soweit er von allgemeinem Interesse, unter der betreffenden Rubrik Registrierung finden wird. Der bisherige Vorstand und auch die Kommissionen wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung noch mit einigen Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes. Der Antrag eines Kollegen aus Wolfenbüttel, der dortigen Zentralbibliothek eine einmalige Unterstützung zu gewähren; wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

Darmstadt. (Außerordentliche Mitgliederversammlung vom 12. Februar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Gedächtnis des verstorbenen Kollegen Heinrich Christ in der üblichen Weise. Nachdem unter „Mitteilungen“ einige lokale Angelegenheiten erledigt waren, erstattete der Kassierer seinen Jahresbericht. Ihm wurde von der Versammlung Decharge erteilt. Fernerlich war es, beim Punkte „Bericht des Schiedsgerichtsvorstandes“ zu erfahren, daß das Gericht im abgelaufenen Jahre nicht zusammenzutreten brauchte. Bei Erstattung des Berichts leitens des Arbeitsnachweises

verwalteter wurde abermals das Ersuchen an die Mitglieder gerichtet, bei Konditionsannahme sich bei ihm abzumelden. Zum Gantag in Ganau wurden keine Anträge gestellt, sondern nur Anregungen gegeben. Beim Punkte „Tarifrevision“ wurde ein entsprechender Antrag einstimmig angenommen.

Dresden. In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung im „Eivoli“ (es mochten etwa 1200 Personen anwesend sein) nahmen die Dresdner Mitglieder bereits im vorigen Monate Stellung zu den Grundforderungen für die diesjährige Tarifrevision. Nach einem einleitenden Referat des Gauvorsitzers Wendtsche setzte eine sachliche, aber von gutem Geiste getragene Diskussion ein, deren Extrakt die einstimmige Annahme einer die Forderungen spezifizierenden Resolution bildet. — Eine weitere, am 14. Februar im „Bolschhaus“ abgehaltene Versammlung der Handseher, die sich ebenfalls eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte, befaßte sich mit Spezialforderungen unserer Handseherkollegen. Nach eingehender Aussprache wurde eine Kommission gewählt, an die spezielle Wünsche einzureichen sind. Die von der Kommission durchberateten Anträge sind einer allgemeinen Mitgliederversammlung zu unterbreiten.

Emmendingen. Am 4. Februar fand unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Anwesend war Bezirksvorsitzender Müller (Freiburg). Er hielt uns einen interessanten Vortrag über „Rechte und Pflichten der Mitglieder“, welcher allgemeinen Anklang fand. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahres- und Kasienbericht wurde genehmigt. Der Versammlungsbeschluss ließ im vergangenen Jahre zu wünschen übrig. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Gera. Die am 13. Februar stattgehabte Jahreshauptversammlung war von 110 Kollegen besucht. Ein Antrag auf Herabsetzung des Ortsvereinsbeitrags als Folge des sehr guten Kasienbestandes, wurde abgelehnt. Dem Wunsch, die Gelder des Ortsvereins im Konsumverein Gera-Deßau anzuwenden, wurde zugestimmt. Die hierauf vorgenommene Wahl der Funktionäre ergab die Wiederwahl derselben.

Groß-Gerau. In unserer heftigsten Kreisstadt befindet sich neben zwei tarifreren Buchdruckereien ein „moderner Großbetrieb“, auf den einmal die Aufmerksamkeit weiterer Kreise gelenkt werden soll. Die Firma nennt sich Wilhelm Joerg. Bei einem technischen Personale von zwei Mann (einem Seher und einem Schweizerdegen) erbliden dort folgende Zeitchriften und Zeitungen das Licht der Welt: „Deutsche Hausfrau“, „Münchener Zeitung“ (1), „Deutscher Bauunternehmer“, „Generalanzeiger für das gesamte Baupersonal“ und verschiedene andre. Außerdem erscheint dort der „Generalanzeiger für Hessen, Hessen-Nassau und Rheinland“ wöchentlich zweimal mit jeweiliger Titeländerung. Es werden ganz wenige Exemplare gedruckt für Groß-Gerau und für Hochheim a. M. noch weniger. Darmstadt und Mainz erhalten nur „Probennummern“, nämlich einige Stück durchschnitlich. Die übrigen Zeitchriften und „Fachblätter“ bringen ihren Stoff „je nach Bedarf“ monatlich zweis bis dreimal an den Mann. Ohne Zweifel ist das „Personale“ stark beschäftigt. Mit Unlegen kann da natürlich die Zeit nicht verdröckelt werden; alles Gesetzte bleibt stehen, bis es zusammenfällt. Ist die Schrift einmal total ausgegangen, wird ein Quantum neue bestellt. Die Lohnverhältnisse sind in dieser „Druckerei“ selbstverständlich unter aller Kanone, von der Länge der Arbeitszeit gar nicht zu reden. Überstunden müssen von dem raubbeinigen „Personale“ gratis geleistet werden. Daß der „Chef“ solchen Kunsttempels der Tarifgemeinschaft nicht angehört, ist weiter nicht verwunderlich, daß er aber in seiner Unversehrtheit erklären konnte, es wäre „Unfinn“, den Tarif anzuerkennen, diese Tatsache möge jedem Kollegen zur Warnung dienen, den ein Konditionsangebot aus diesem „Großbetrieb“ erreicht.

o. Halle a. S. Am 12. Februar hielt die Maschinen-sehervereinigung Gau An der Saale bei Anwesenheit von 105 Mitgliedern ihrer ordentlichen Generalversammlung ab. Der Gesangsverein „Gutenberg“ begrüßte die Erschienenen mit dem Liebes „Empor zum Licht“. Es folgten Begrüßungsansprachen der Kollegen Ludwig (Leipzig), Gauvorsteher König und Müller (Halle). Das Andenken des verstorbenen Kollegen Ruff (Halle) wurde in üblicher Weise geehrt. Der Jahres- und Kasienbericht wurde nach einigen Erörterungen angenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf hielt Kollege R. Helmholtz (Leipzig) einen vorzüglich ausgearbeiteten Vortrag über: „Technischer Fortschritt und Organisationsbestrebungen“. Um die Wirkung der Ausführungen nicht abzuschwächen, wurde von einer Diskussion abgesehen. Die Anträge, die Vereinigung Gau An der Saale in fünf Bezirke einzuteilen, und zwar Magdeburg, Halle a. S., Dessau, Quedlinburg und Nordhausen, wurden nach langer und lebhafter Debatte angenommen. Ein Antrag Quedlinburg, den Beitrag aus diesem Grunde zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Anträge zur Tarifrevision, welche von einer Kommission am Vorort ausgearbeitet waren, wurden mit einigen Änderungen angenommen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen Winter als Vorsitzender und Feßlinger als Kassierer. Als Delegierter zur zweiten deutschen Maschinenseherkonferenz in Hannover wurde Kollege Winter (Magdeburg) und als Stellvertreter Kollege Müller (Halle) gewählt. Die nächste Generalversammlung, verbunden mit dem zehnjährigen Bestehen der Vereinigung, soll im Mai 1912 in Dessau stattfinden. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Verband. — Am Abend versammelten sich die auswärtigen mit den Halleschen Kollegen und deren Frauen

zu einem gemüthlichen Beisammensein. Der Gesangsverein „Gutenberg“ sowie der Kollegenorchesterverein warteten mit gut ausgeführten Gesangs- und Musikvorträgen in bester Weise auf. Leider schlug für viele Kollegen die Abschiedsstunde zu früh. Allen denen, welche zum Gelingen des schönen Abends beigetragen haben, sagen wir auch an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank.

Hamburg. (Maschinenmeisterverein.) In der Generalversammlung im Januar, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte, wurde der Jahresbericht debattelos genehmigt und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Derselbe setzt sich folgendermaßen zusammen: Als erster Vorsitzender wurde J. Corti, als Kassierer H. Hinz gewählt. In die Technische Kommission wurden fünf Kollegen gewählt. Der Vorsitzende machte die Kollegen mit den Anträgen zur Tarifrevision bekannt, die einstimmig angenommen wurden. Unter „Vereinsmitteilungen“ gelangten die diversen Eingänge zur Erlebigung. — In der Februarversammlung, die einen nur mäßigen Besuch aufwies, berichtete der Vorsitzende an der Hand der Jahresberichte über die Tätigkeit der auswärtigen Brudervereine. Außerdem gelangten einige Anträge zum Spartenkongresse zur Besprechung. Das Programm der neugewählten Technischen Kommission wurde den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht und erhielt Zustimmung. Infolge eines in der letzten Gauversammlung eingegangenen Antrags zur Generalversammlung, die Unterstützungsfrage der Sparten betreffend, wurde beschlossen, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, um in dieser diesen Punkt reiflich durchzuberaten. Unter „Technisches“ gelangten Neuerscheinungen zur Besprechung.

Herc. In der sehr gut besuchten Monatsversammlung des Ortsvereins am 4. Februar referierte unser Bezirksvorsitzender Erkelenz (Krefeld) nach Erlebigung verschiedener interner Sachen über das Thema: „Unsre Aufgaben“. Die klaren, prägnanten Ausführungen über die speziell auch für unsern Ort wichtige Materie riefen reichen Beifall hervor. In der sich an das Referat anschließenden Besprechung kam zum Ausdruck, daß Kollege Erkelenz die Versicherung mitnehmen könne, daß die kleiner Kollegen allezeit treu und fest zum Verbandsstand stehen würden. Mit großem Unwillen nahm die Versammlung die Mitteilung entgegen, daß der bei der Firma Starz jun. beschäftigte Maschinenmeister Thienes nach 30-jähriger pflichttreuer Tätigkeit die Kündigung erhalten hat. — Am 11. Februar hatte der hiesige Ortsverein für seine Mitglieder nebst Angehörigen einen Regitationsabend veranstaltet und dazu Herrn Schriftsteller Heinz Morgenbrodt aus Homberg a. Rh. als Referenten gewonnen. Der Vortragende machte die Anwesenden mit Werken der rheinischen Dichter G. Eschelbach und S. W. Mertens sowie auch mit eigenen Dichtungen bekannt. Die gediegenen, auf echt künstlerischer Höhe stehenden Darbietungen fanden den verdienten Beifall der Zuhörer.

Leipzig. Eine imposante Versammlung der Drucker und Maschinenmeister Leipzigs tagte am 13. Februar. Sie war vom Gauvorstand und der Kommission der Drucker und Maschinenmeister Leipzigs einberufen worden. Die Tagesordnung lautete: Das Überstundenwesen, Prämienwesen und die kommende Tarifbewegung. Gauvorsteher Engelbrecht eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß beide Körperschaften, Kommission der Drucker und der Gauvorstand, die Versammlung gemeinschaftlich einberufen hätten in Anbetracht der kommenden Tarifbewegung und der Tatsache, daß gegenwärtig in den Druckereien Zustände eingetreten drohten, welche geradezu gefahrbringend für den einzelnen als auch für die Gesamtheit der Kollegen sein könnten. Nicht nur, daß in geradezu wahrstimmiger Weise Überstunden von den Druckern verlangt und geleistet von diesen teilweise ohne Widerspruch geleistet würden, sondern es sei sogar schon so weit gekommen, daß für einzelne Parforceleistungen seitens der Prinzipale Prämien für die Drucker ausgeworfen werden und die betreffenden Kollegen dieses die Gesamtsolidarität schädigende System insofern unterstützen, als sie dieses Extrahonorar einstreichen, ohne den Instanzen oder ihren Nebenkollegen auszufordern keinen Wein einzuzufischen. Erfreulicherweise seien es zunächst Einzelercheinungen, welche sich auf dem Gebiete des Prämienwesens zeigten, jedoch müsse energig vorgebeugt werden, damit nicht System in die Sache käme. Hierauf nahm der eigentliche Referent, Kollege Leopold Hesselbarth, das Wort. In einer einhalbstündigen, oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen führte er den Anwesenden an Hand der vom Gauvorstand aufgenommenen Statistik ein nicht gerade anmutiges Bild über die Zustände in den Leipziger Maschinenfälen vor Augen. Kollege Hesselbarth führte u. a. aus: Die schlimmsten Erwartungen in bezug auf das Überstundenwesen seien durch die einwandfreie Statistik übertritten worden. In mehreren Großbetrieben wurden innerhalb zweier Monate 1000 bis 3000 Überstunden festgesetzt. Einzelne Kollegen haben pro Woche 20 bis 25, ja sogar 40 Überstunden geleistet! Wie hierdurch die einzelnen sich an ihrer Gesundheit schädigen, sei unverantwortlich, von einem Familienleben könne hier keine Rede sein. Die Kasien der Organisationen würden durch dieses Verhalten der Kollegen unnötigerweise stark belastet, und den arbeitslosen Kollegen die Arbeitsgelegenheit genommen. Unter allen Umständen müsse die Kollegen-schaft dafür sorgen, daß diesen unwürdigen Zuständen ein Ende gemacht werde. Unbedingte müsse mehr Rückgrat gezeigt werden, damit die Überstundenamalgamität nicht noch mehr zum Himmel schreie. Hand in Hand mit den chronischen Überstunden ginge seit einiger Zeit ein Antriebsystem, wie es jedenfalls nicht schlimmer kommen

könne. Obwohl die Leistungen der Drucker in den hiesigen Großbetrieben in den letzten Jahren sich nahezu verdoppelt hätten, träte man noch mit der Behauptung auf, die Drucker ließen sich zu sehr gehen, man hemme die Produktion usw. Diese Annahme seien zu durchsichtig und nur zu dem Zwecke erdichtet, um noch mehr aus den Druckern herauszuholen. Es sei jetzt in den Großbetrieben schon so weit gekommen, daß die Aufsichtspersonen einfach vor Beginn der Arbeit erklären, die Arbeit darf nur so und soviel Zeit in Anspruch nehmen und nicht mehr. Wer sich nicht füge, fliehe einfach hinaus. Auf der andern Seite würden die Geiseln von diesen Vorgefetzten zu nicht ganz einwandfreien Manipulationen angehalten. Wenn beispielsweise die jebenfalls nicht ganz richtig taxierte Arbeit doch von niemand in der veranschlagten Zeit hergestellt werden könne, müsse auf Veranlassung dieser Vorgefetzten doch die vorausgesetzte Zeit eingestrichen werden, und die mehr verwandte Zeit käme dann auf ein andres Konto. Praktiken, die für manchen Vorgefetzten verhängnisvoll werden können, weshalb auch von dieser Seite zu besseren Methoden gegriffen werden sollte. In scharfen Worten getipelte sodann der Referent das Prämienwesen, welches jetzt anscheinend verdruckweise zur Einführung gebracht würde, die Kollegen ausfordernd, in Zukunft derartige unwürdige Anerbieten energig zurückzuweisen, damit die Leipziger Maschinenmeister ihren Namen bei der übrigen Kollegen-schaft wieder zu Ehren bringen. Mit der Ermahnung, einig und geschlossen zusammenzustehen, schloß Redner seine Ausführungen, welche den ungeteilten Beifall der Versammlung fanden. Der Vorsitzende der Leipziger Drucker und Maschinenmeister, Kollege Ludwig, erklärte sich vollständig mit den Ausführungen einverstanden und forderte gleichfalls zu ernster Arbeit und Zusammenhalt der Kollegen auf. Sämtliche Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß es nicht so weiter gehen könne und die in Betracht kommenden Kollegen aufgerufen werden müßten. Es müsse sich die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker mit der Überstundenfrage eingehend beschäftigen. Auch die statutarische Einführung einer Überstundensteuer wäre schon längst spruchreif und sei in Hannover zum Gesetz zu erheben. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig von der Versammlung angenommen: „Die am 13. Februar im „Schloßkeller“ tagende Versammlung der Drucker und Maschinenmeister Leipzigs nimmt Kenntnis von dem Überstundenwesen, welches in Leipzig herrscht. Die Versammlung fordert alle Kollegen auf, die Überstundenstatistik gewissenhaft zu führen und dafür zu sorgen, daß Überstunden nicht zur ständigen Einrichtung werden, sondern nur ein Ausnahmeverhältnis bilden. In den Fällen, wo die Firmen von den Druckern in rücksichtsloser Weise Überstunden verlangen, haben die betreffenden Personale in geeigneter Form dagegen zu protestieren und eventuell die Tariforgane anzureufen. Die Versammelten verpflichten sich, grundsätzlich Prämien für höhere Einzelleistungen abzulehnen. Die Drucker und Maschinenmeister verlangen vielmehr, daß Leistung und Gegenleistung ihren Ausdruck in einer entsprechenden Bezahlung des Wochenlohns zu finden haben. Hierauf schloß Kollege Engelbrecht die vom besten Geiste besetzte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Solidarität der Leipziger Drucker und Maschinenmeister.“

r. Lissa i. P. In der am 4. Februar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende und Kassierer den Jahresbericht, welcher von der Versammlung Anerkennung fand. Hierauf gab der Vorsitzende ein Bild von den Mißheftigkeiten einiger Kollegen, die dringend der Abstellung bedürfen, weil darunter das kollegiale Leben zu leiden hat. Die Vorstandswahl wurde per Akklamation vorgenommen und dem Vorsitzenden der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen. Gewählt wurde als Vorsitzender und Kassierer Kollege Schreiber. Es folgte noch die Erlebigung einiger Anfragen.

-z. Stuttgart. (Mitgliedschaftsversammlung am 13. Februar im Festsaal des Gewerkschaftshauses.) Trotz Hochflut im Karnevalsgetriebe und Verlegung der Versammlung auf einen Montag ein volles Haus, das sogar die Galerie noch in Anspruch genommen werden mußte — das ging über die Erwartungen des Vorstandes hinaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenvollen Worten der kürzlich verstorbenen Kollegen Paul Schuster und Heinrich Enßlin, beide langjährige Mitglieder. Die Versammlung ehrete ihr Andenken in hergebrachter Weise. Unter „Vereinsmitteilungen“ brachte der Vorsitzende zur Kenntnis, daß die in der letzten Versammlung gewählte Kommission zur Sichtung des Materials für die Tarifrevision mehrere Sitzungen hierzu verwendet habe und das Ergebnis an den Verbandsvorstand eingesandt worden sei. Das schon oft gerügte Überstundenwesen wäre in einer hiesigen Zeitungsdruckerei wieder deart ausgeartet, daß in einer Woche gegen 300 Mk. für Überstunden ausgegahit worden seien. Nachdem dies dem Gauvorstande zu Ohren gekommen, habe er sofort eine Druckereiverammlung einberufen, um der Abstellung dieses Zustandes kräftig das Wort zu reden. Auf Vorschlag der Vertrauensleute haben Neueinstellungen stattgefunden. In einer weiteren Zeitungsdruckerei, woselbst auch viele Überstunden gemacht wurden, sind nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung ebenfalls zwei Kollegen eingestellt worden. In einer andern Druckerei, in der Landtagsarbeiten hergestellt werden, wurde der Vertrauensmann in derselben Angelegenheit vorstellig; auch hier wurde verprochen, die Überstunden, auf das allernotwendigste Maß einzuschränken. Aus dem vorgetragenen Rechnungsergebnis

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 23. Februar 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Nr. 22.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

pro IV. Quartal für die Verbands-, Gau- und Mitgliedskassenliste ist zu entnehmen, daß trotz der großen Konditionslofenzahl die Verbandskasse besser abschloß als im gleichen Zeitraum 1909. Die Gaukasse hat infolge des hohen Kranken- und Konditionslofenstandes eine Vermögensabnahme zu verzeichnen, während die Mitgliedskassenliste einen Kasseeinstand von über 3000 Mk. aufzuweisen hat. Die Aufstellung von Kandidaten zur Gauvorstandswahl zeitigte den Beschluß, für den Vorliegenden und Schriftführer nur je einen Kandidaten, und zwar die die Ämter sethler befehlenden Kollegen, aufzustellen, während zur Wahl von vier Beisitzern sieben Kandidaten nominiert wurden. Der Kassierer hat sich keiner Neuwahl zu unterziehen, da er besoldeter Beamter ist. Die seitherigen Revisoren wurden ebenfalls zur Wiederwahl empfohlen, da keiner von ihnen die statutengemäße vierjährige Amtszeit absolviert hat. Der nächste Punkt betraf Stellung von Anträgen zur Verbandsgeneralversammlung. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, daß außer den auf dem Wochenzettel bereits veröffentlichten keine weiteren Anträge eingegangen sind. Kollege Wlitzig begründete in eingehender Weise die von ihm gestellten Anträge, der Verammlung ihre Annahme dringend ans Herz legend. Hierauf führte Kollege Weyerling der Verammlung die Gründe vor Augen, die ihn bewegen hatten, seine beiden Anträge zu stellen, ebenfalls wünschend, daß diese angenommen würden. In der nun folgenden sehr ausgiebigen Diskussion fand letzterer mit seinen Anträgen wenig Gegenliebe, während die Redner den Wlitzig'schen Anträgen größtenteils zustimmten. Die Abstimmung ergab denn auch, daß die Anträge des Kollegen Wlitzig mit zwei von ihm nachträglich gemachten Änderungen angenommen, diejenigen des Kollegen Weyerling aber abgelehnt wurden. Die Besprechung über die diesjährige Johannisfeier ging rasch vonstatten. Kollege Klein verlas einen Antrag, das Johannisfest abweichend von dem seitherigen Modus abzuhalten. Die Verammlung konnte aber dem Antrage keinen rechten Geschnack abgewinnen, und so wurde ein Antrag, der Gauvorstand möge unter Zuziehung von Mitgliedern der beiden Vergnügungsvereine „Gutenbergverein“ und „Klopffolz“ eine Kommission bilden, welche unter Anleitung an den abgelehnten Antrag die nötigen Vorarbeiten zu machen hat, angenommen. Mittlerweile war die Zeit so weit vorgeschritten, daß der letzte Punkt wieder überschoben werden mußte. Der Vorsitzende gab nur noch bekannt, daß in nächster Zeit die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse stattfinden. Es wurde dem Vorstand überlassen, die Namen der betreffenden Kandidaten dem Gewerkschaftsamt, das die Vorbereitungen zur Wahl zu treffen hat, zu übermitteln.

Rundschau.

Das Mertens'sche Illustrationstiefdruckverfahren trat mit der Nr. 50 der „Frankfurter Zeitung“ mit äußerst prächtigen Resultaten aufs neue vor die breitere Öffentlichkeit, und zwar nach den uns zugehenden Nummern unter ausschließlicher Anwendung im Inseratenteil. Die neue Tiefdruckmaschine ist nach einem Originalbericht der „Frankfurter Zeitung“ eine sogenannte Duplexmaschine, die den Druck von Illustrationen auf zwei bis acht Seiten ermöglicht. Ihr wichtigster Bestandteil sind die Rotationsmaschinen, die derart auf den Bilderdrukzylindern schiefen, daß sie die eingefärbte Walze an den Stellen, welche nicht drucken sollen, automatisch spiegelblau abstreichen, ohne sich abzustumpfen oder die Gravure zu beschädigen. Die Farbe sßt dann nur noch in der tiefgeprägten Gravur. Von hier überträgt sie sich auf das Papier, indem eine federnde Gummiwalze, die unter einem Druck von mehreren tausend Kilogramm steht, das Papier in die Gravur eindrückt, aus der die Farbe herausgefaugt wird. Die Papierrolle läuft wie bei der Rotationsmaschine; die Bahn geht zwischen Bilderdrukzylinder und Gegendruckwalzen hindurch. Die bilderdrukten Papierfläche läuft alsdann zur Rotationsmaschine hinüber, um in ihr mit Text bedruckt zu werden. Sowohl an der Tiefdruck-, wie an der Rotationsmaschine angebrachte Registrierer dienen dazu, Bilder und Text an die richtigen Stellen zu bringen. Selbstverständlich läuft die Tiefdruckmaschine mit genau der gleichen Geschwindigkeit wie die Rotationsmaschine. Diese Tiefdruckmaschine ist die erste ihrer Art. Denn an ihr sind zahlreiche Neuerungen angebracht, die das in der Mertens'schen Versuchsanstalt in Freiburg stehende Modell noch nicht aufweisen konnte. Tiefdruck- und Rotationsmaschine werden durch einen gemeinsamen Elektromotor angetrieben, doch kann die Rotationsmaschine auch für sich allein laufen. Auch die Produkte dieser Maschine sind wie jene der „Freiburger Zeitung“ einfach verblüffend großartig. Man wird beim Betrachten der Bilder und ganz besonders in Eröadung der bis herigen großen technischen Schwierigkeiten für die Herstellung solcher Druckerzeugnisse das Gefühl nicht mehr

los, daß sich hier für das Zeitungswesen der Großstädte ein ganz neues Gebiet eröffnet, dessen Tragweite für das Gewerbe gar nicht abzusehen ist. Es ist ein riesiger Fortschritt der Illustrationstechnik, der sich hoffentlich auch zum Vorteile der Arbeiterschaft entwickelt.

Ausstellung gegen die Schund- und Schmutz-Literatur nennt sich eine Veranstaltung der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg, die zur allgemeinen Aufklärung über Art und Umfang der schädlichen Einflüsse der genannten Literatur auf weite Kreise des Volks und besonders auf die heranwachsende Jugend dienen soll. Diese soll nun auch in Leipzig der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, und der Deutsche Buchgewerbeverein hat es für seine Pflicht gehalten, zu diesem Zwecke seine Räume sowie seine Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Dadurch wird es möglich, daß die Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus am 26. Februar eröffnet werden kann, worauf wir die Leipziger Kollegen hiermit aufmerksam machen wollen.

Der langjährige Streit um das Verlagsrecht des „Journal für Buchdruckerkunst“ zwischen dem jetzigen Besitzer J. Unverdorben und dem Sohne des ehemaligen Besitzers Ferdinand Schlotte, Otto Schlotte, wurde vom Reichsgericht durch Veräumnisurteil zugunsten des letzteren entschieden, womit eine widerwärtige Sache in den Reichen der graphischen Fachpresse hoffentlich endgültig aus der Welt geschafft ist.

Die Frankfurter Kunstgewerbeschule eröffnet am 3. April d. J. eine Abteilung für Graphik mit je einer Tagesfachklasse für Lithographie und allgemeine graphische Kunst und für Typographie, und künstlerische Buchausstattung, beide mit Werkstattanrichtung für praktische Übungen verbunden. Als Lehrkräfte sind genannt: Herr A. H. Jungnickel, ein bekannter Vertreter der Koller'schen Schule in Wien und Herr Emil Hölzl, der aus der Akademie für Buchgewerbe in Leipzig hervorgegangen ist und sich durch künstlerische Mitarbeit an neueren Verlagswerken, sowie durch Entwürfe für Akzidenzarbeiten rühmlich bekannt gemacht hat.

Das Krüppelheim Wigg in Westfalen hat soeben einen Tätigkeitsbericht herausgegeben, aus dem zu ersehen ist, daß die auch von uns in Nr. 20 ögerlge Konkurrenz solcher Anstalten tatsächlich sehr eigenartiger Natur ist. Es wurden in der genannten Anstalt in den letzten Tagen Gehilfenprüfungen vorgenommen, und zwar für die Buchdrucker, Buchbindelei, Lithographie, Schusterlei, Drechslerlei usw. Selbstverständlich ist nach dem Verichte das Resultat dieser Prüfungen ein „sehr gutes“ gewesen, denn alle Prüflinge erhielten das Prädikat „Gut“ oder von ihnen sogar „Sehr gut“. Mit Befriedigung wird dann konstatiert, daß die Anstalt aus armen Krüppeln „tüchtige Handwerker“ mache, daß die Prüflinge bereits alle außerhalb der Anstalt untergebracht seien und zwischen 18-24 Mk. wöchentlich verdienen. Wenig erfreulich für die betreffenden Handwerke wird die Nachricht sein, daß die Anstalt vergrößert werden sei und weiteren 50 Krüppeln Platz biete, wobei zum Schluß noch recht kräftig der Klingelbeutel geschwungen wird. Ob die ausgearbeiteten Buchdruckerkrüppel auch alle zu tarifmäßigen Bedingungen respektive bei tariffreien Firmen untergebracht sind? Unseres Erachtens wäre es eine der ersten Pflichten dieser Anstalten, ärztlichen Sachverständigen zu lassen, ob die betreffenden Krüppel auch für den Beruf, dem sie zugeführt werden sollen, tauglich sind oder nicht.

Tarifabschluß der Buchdrucker Deutschlands. Der seit dem Jahre 1904 bestehende Buchdruckerarif, der am 1. Januar 1911 sein Ende erreichte, sollte im vorigen Jahre bereits verlängert werden. Verhandlungen, die in Dresden stattfanden, scheiterten daran, daß die Unternehmervereinigung zu schwach war, um die Einhaltung eines Tarifs garantieren zu können. Inzwischen stellten die Buchdrucker in Berlin die Forderung auf Abschluß eines Lokaltarifs, in dem die achtstündige Arbeitszeit, Ferien, Erhöhung des Mindestlohnes usw. gegenüber dem früheren Zentraltarif gefordert wurde. Die Unternehmer in Berlin lehnten einen lokalen Tarif ab, dadurch kam es zu einer allgemeinen Kündigung der Berliner Buchdrucker. Während der Zeit der Kündigung traten die Unternehmer erneut zusammen und gründeten eine neue Unternehmervereinigung, die sofort die Gehilfenorganisationen zu Tarifverhandlungen aufforderte. Die hierauf am 28. und 29. Januar in Berlin stattgefundenen Verhandlungen führten zu einem provisorischen Abschluß auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für einen Teil der Gehilfen im Buchdruckgewerbe, die Drucker sollten wie früher auch weiter 8 1/2 Stunden arbeiten. Über diese Vorschläge stimmten die Gehilfen Deutschlands durch Abstimmung ab. Sie verwarfen jedoch diese Bedingungen. Hierauf fanden am 12. Februar die weiteren Verhandlungen statt, bei denen es zum Abschluß eines Tarifs auf fünf Jahre kam. Festgelegt wurde bis 1. Juli die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, ab 1. Januar 1913 allgemein die achtstündige. Die Berliner Firmen verpflichteten sich,

bereits ab 1. Januar 1912 die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Der Mindestlohn für im ersten halben Gehilfenjahre stehende Gehilfen wurde von 22 auf 24 Mk. erhöht, nachdem sollen statt 25, 27 Mk. gezahlt werden, darüber sind die Löhne der Leistung entsprechend zu vermindern. Überstunden werden die ersten mit 25, von der zweiten Stunde an mit 33 und Sonntags 50 Proz. Zuschlag entschädigt. Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. Für je zwei Abteilungen werden auf ein bis fünf Gehilfen ein Gehilfen gehalten. Das Tarifamt wurde nach Berlin verlegt und acht Tarifstreife geschaffen. Den Verhandlungen wohnten die Organisationsvertreter beider Verbände bei.

Für Einführung der englischen (durchgehenden) Arbeitszeit hat sich in München eine große öffentliche Versammlung nach dem Referat eines Obermedizinalrats und nach einer sehr interessanten Diskussion durch einstimmige Annahmenschleuder-Resolution ausgesprochen: 1. Die in München fast noch allgemein übliche geteilte Arbeitszeit entspricht nicht mehr den Verhältnissen der Großstadt. Die Notwendigkeit des täglich viermaligen Verkehrs zwischen Wohn- und Arbeitsort auf so weite Entfernungen, wie sie in München heute die Regel bilden, ist Veranlassung, daß die zur Erholung, Fortbildung, Kindererziehung usw. notwendige freie Zeit verloren geht. Das Nebeneinanderlaufen der geteilten Arbeitszeit an den Volksschulen und der Durcharbeit an einem großen Teile der Mittelschulen in Verbindung mit einer, teurer der beiden Schulzeiten angepaßten Arbeitszeit in vielen Staats- und Privatbetrieben bringt neben schweren wirtschaftlichen Nachteilen dauernde Störungen und Schädigungen des Familienlebens hervor. Die bei der heutigen Arbeitszeit unerlässliche Nachtarbeit und der späte Bureau-schluß haben schwere hygienische Nachteile im Gefolge. Die erstrebenswerte Ausbreitung der Bevölkerung auf ein größeres Gebiet und die Beschaffung gesundheitlich befriedigender Wohnungsverhältnisse ist behindert. Insbesondere ist die so dringend erwünschte Ansiedlung in Einfamilienhäusern weiten Kreisen der Bevölkerung fast unmöglich gemacht. Das geeignete Mittel, durch welches die gefährdeten Wohnstätten beseitigt und die Vorbedingungen zu einer befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage geschaffen werden können, ist die ungeteilte Arbeitszeit. Deren Einführung aus hygienischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist dringendes Erfordernis. 2. Der zur Zufriedenheit von Schule und Haus an den Mittelschulen eingeführte ungeteilte Unterricht ist als ein Fortschritt zu bezeichnen und daher beizubehalten und weiter auszugestalten. Der ungeteilte Unterricht auch an den Volksschulen ist mit allen Mitteln zu erstreben. 3. Die ungeteilte Arbeitszeit kann nach den in staatlichen, städtischen und privaten Betrieben in München gemachten Erfahrungen sowie nach den vorhandenen und verlässlichen Gutachten aus allen Kreisen Deutschlands ohne Nachteil für den Arbeitgeber eingeführt werden. Die Erfahrung bestätigt, daß dem Arbeitgeber durch Ersparung von Wchungs- und Beleuchtungskosten sowie durch intensivere Leistungen der Angestellten nicht unerhebliche materielle Vorteile erwachsen. Die Versammlung spricht sich daher trotz der zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten, welche eine so tiefgreifende Umwälzung hervorruft, entschieden für die Einführung der ungeteilten Schul- und Arbeitszeit aus und richtet an die zuständigen Stellen des Staats und der Gemeinde sowie an die Inhaber der Privatbetriebe die bringende Bitte, die ungeteilte Schul- und Arbeitszeit in allen hierfür in Frage kommenden Schulen und Betrieben soweit irgend möglich einzuführen zu wollen.

Staatsmittel für Sozialreformen. Eine durch das französische Ministerium des Äußeren kürzlich veranstaltete Enquete über die von einzelnen Ländern aus Staatsmitteln alljährlich für rein soziale Zwecke angewendeten Summen ergab folgende, für Deutschland, das von allen diesen Ländern die weitaus größte Einwohnerzahl hat, nicht gerade glänzende Resultate:

England	300 000 000 Fr.
Frankreich	120 000 000 "
Deutschland	80 903 386 "
Belgien	28 000 000 "
Italien	21 000 000 "
Österreich	14 570 178 "
Dänemark	9 835 420 "
Schwiz	6 068 075 "
Spanien	3 605 461 "
Norwegen	3 420 803 "
Portugal	2 800 000 "
Niederlande	1 870 801 "

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Wegen Verleumdung eines Streikbrechers auf der Feste „Lutas“ wurde ein Bergmann zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt und in den letzten Tagen war andre Bergleute, die als Streikposten zwei Streikbrecher bedingt haben sollen, zu je drei Wochen Gefängnis. — Als Verkehrsbehinderung wurden auch in Braunschweig vier Streikposten, die

gelegentlich des letzten Buchbinderstreiks ihres Amtes in der anständigsten Form walteten, angehen. Sie wurden mit Strafmandaten zu je 15 M. bestraft, weil nach der Ansicht eines Schugmanns eine am Streit unbeteiligte Frau als Passantin wegen der Streikposten hätte den Bürgersteig verlassen müssen. Bei der beantragten gerichtlichen Verhandlung bestrafte jedoch die Frau, daß die Aussage des Schugmanns nicht der Wahrheit entspreche, denn sie hätte feinerzeit ganz auf dem Fußwege bleiben können, wenn sie gewollt hätte. Daher wurden die vier Missetäter freigesprochen. — In Kolberg ist ein großer Teil der städtischen Arbeiter in Streik getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung und Verzinsung der Arbeitszeit.

Briefkasten.

E. S. in Jagen: Der Extrakt wird im Rahmen eines größeren Artikels demnächst Verwendung finden. Wahrscheinlich wird die Größlich-bündlerische Lügenpest bis dahin noch weiter um sich gegriffen haben, so daß noch etwas Hirze hintonken kann. — **H. M. in Oberfeld:** Werden den Kern dieser Einseitung einmal in einer Genossenschaftsrevue mitbringen. — **R. M. in Stuttgart:** In voriger Nummer haben wir Ihrem Wunsch entsprochen. Schneller konnte es nicht geschehen. Auch Ihre Verbandslegiti hätte die Sache nicht beschleunigt. — **D. R. in Eilenburg:** Wir wollen uns zuerst vom genauen Wortlaute der fraglichen Notiz in der „R. W.“ überzeugen, dann werden wir den Hint schon besorgen. — **M. M. in Reize:** Wir bitten Sie um etwas genauere Mitteilung über die Behandlung der Lehrlingsfrage in der zuständigen Handwerkskammer. Der eingelebte Zeitungsauschnitt ist etwas gar unklar. Wir können daraus nicht recht klug werden. Das andre wird aufgenommen. Dank und Gruß! — **M. S. in Münster i. W.:** Vierteljährlich 1,80 M. und 42 Pf. Postgebühren. — **G. R. in Berlin:** Brief erforderte Strafporto. — **A. in M.:** Sie dürften im Irrtum sein. Selbstverständlich ohne jede Abicht. — **G. S. in Stuttgart:** Wird gelegent-

lich mit untergebracht. — Nach Essen: Das ist allerdings — Eingang mit der zweiten Post — für diesmal ein bißchen zuviel. — **F. L.: 1,40 M.** — **J. U. in Wschaffenburg:** 2,30 M. — **B. M. in Quebluburg:** 2 M.

Verbandsnachrichten.

Bezirk Barmen. Der Seher Paul Braham aus Oberfeld, vom 1. bis 8. November 1910 in Remscheid in Kondition, wird um Angabe seines jetzigen Aufstufungs- bzw. Konditionsorts an David Voh, Fürstenstraße 15, dringend ersucht.

Bezirk Dessau. (Gautagsdelegiertenwahl.) Gewählt sind die Kollegen Bödel, Banger, Ehner (Dessau), Fröhlich, Richter (Röthen) und Saffert (Vitterfeld).

Bezirk Frankfurt a. M. (Resultat der Delegiertenwahl zum Gautag.) Ausgegeben wurden 1417 Stimmzettel. Eingegangen sind 1334, ungültig 18 Zettel, weiß 7; zerplittert 191 Stimmen auf 91 Kollegen. Absolute Mehrheit: 668 Stimmen. Es erhielten Stimmen die Kollegen: H. Bachhaus (S.) 1224, Jakob Helm (S.) 634, Friedrich Bergmann (S.) 1149, Wilhelm Viering (Dr.) 894, Karl Bud (S.) 871, Max Büchner (Dr.) 939, Wilhelm Cremer (Dr.) 795, Michael Dorn (S.) 1080, Leonh. Dorchu (S.) 936, Ludwig Fischer (S.) 931, Georg Hahn (S.) (Königsheim) 1103, Georg Hutterer (St.) 1092, Karl Hoffmann (S.) 793, Leopold Jägerland (Dr.) 784, Jakob Keppeler (S.) 1007, Heinrich Klinkel (St.) 924, Richard Kopp (Dr.) 864, Hermann Salomon (Dr.) 957, Wilhelm Schuchardt (S.) 841, Karl Steinert (Dr.) 877, August Steinmann (M.-S.) 926, Wilhelm Stiep (S.) 741, Fritz Storch jun. (S.) (Homburg) 1083; Karl Schüringer (M.-S.) 657. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten; als Ersatzmänner gelten die Kollegen Schuchardt, Cremer, Hoffmann und Jägerland.

Röthen i. Anh. Die Vertrauensleute und Ortskassierer werden gebeten, die Adresse des Druckers Ernst Busch aus Hannover (Hauptbuchnummer 86113) an

Wilhelm Fröhlich in Geuz bei Röthen gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen.

Bezirk Dortmund. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Ernst Uborn, Förde, Hedener Weg 2; Kassierer: Paul Hartmann, Dortmund, Nordstraße 39. **Reins.** (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Karl Gaab, Hopfengarten 9; Kassierer: Franz Baumgärtner, Schönbornstraße 11.

Versammlungskalender.

Brig. Versammlung Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Bürgerheim“, Doppelner Straße. **Daufig.** Versammlung Sonntag, den 26. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerbshaus“, Seilergasse 32. **Dresden.** Versammlung Freitag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volksbaus“, Mühlbergstraße. **Frankfurt a. M.** Bezirksversammlung Montag, den 6. März, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Gewerbshauses“. **Sachsenhausen.** Versammlung Samstag, den 25. März, abends 9 Uhr, im „Volksbaus“, Kaiserstraße. **Kaiserlautern.** Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der „Brauerei Orth“ (Kittenghof). **Röthen i. Anh.** Versammlung Sonnabend, den 25. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in Andreas Restaurant, Ludwigstraße. **Leipzig.** Gaumitgliederversammlung Freitag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Volksbaus“, Seiber Straße. **Rheinl.** Versammlung Samstag, den 25. Februar, abends 5 1/2 Uhr, bei Witz, Am Markt. **Waren i. M.** Versammlung Sonnabend, den 25. Februar, abends 9 Uhr, im Vereinslokal (Seidelstraße).

Schweizerischer Typographenbund.

Die Buchdruckerei Keller & Sohn in Warau sucht zurzeit in Deutschland Arbeitskräfte. Wir möchten die Kollegen in ihrem eignen Interesse ersuchen, sich bei uns zu erkundigen, bevor sie in der genannten Firma Kondition annehmen. **Bern.**

Das Verbandssekretariat.

Maschinenfaktor.

Griffaffiger, herbortragender Bruder als selbständiger, verantwortlicher Leiter für den Maschinenbau einer angesehenen Fabrik, modern eingerichteten Buchdruckerei in Standorten gesucht für einen vielseitig erlernenden, praktischen und repräsentativen Sachmann angenehme, gut bezahlte und dauernde Position. Offerten mit genauer Aufschluß über bisherige Tätigkeit sowie Alters- und Familienverhältnisse erbeten unter Nr. 498 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb. Der Chef des Hauses ist Anfang März persönlich in Hamburg und Leipzig zu treffen.

Tüchtiger, korrekter Anstaltspfeker mit guten Maschinenkenntnissen zum 6. März, in dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an das „Volksblatt“, Bochum, Hermannshöhe 7.

Tüchtigen Stempelfeher sucht Karl Kind jun., Bielefeld. 376

Erster Maschinenmeister für größere Berliner Druckerei gesucht, der im Flach- und Notationsdruck durchaus firm. Ferner, die schon in ähnlichen Stellungen tätig waren, wollen sich unter Angabe von Lebenslauf und Gehaltsforderung melden unter Nr. 492 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtige Komplettmaschinengieker an Type I und II (Foucher) in dauernde Stellung sofort gesucht. 488 **Schriftgießerei Glitsch, Frankfurt a. M.**

Tüchtiger Höhefräser zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. 494 **Sauerfelds Gießerei, Frankfurt a. M.**

Galvanoplastiker und Stereotypen sucht sofort 501 **Kranz Susel, Dresden, A., Seilerstraße 10.**

Matrizenbohrer welcher auf der Gursch'schen Bohrmaschine vollkommen gut eingearbeitet ist und dieselbe ganz selbständig und verlässlich zu bearbeiten versteht, wird bei sehr guter Bezahlung dauernd aufgenommen; dabeilbst wird auch ein tüchtiger **Schriftsetzer** dauernd engagiert. Offerten sind zu richten an die **Erste Angarische Schriftgießerei-Akt.-Ges.,** Dubaapest VI., Dessenfingasse 32. 493

Tüchtiger Schriftgieker in allen Zweigen der Gießerei erfahren, wünscht sich zu verändern event. Stellung als Hilfsfaktor oder ähnlichen Betrieben anzunehmen. Werte Offerten unter F. T. 496 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Schriftgieker in allen Zweigen der Gießerei erfahren, wünscht sich zu verändern event. Stellung als Hilfsfaktor oder ähnlichen Betrieben anzunehmen. Werte Offerten unter F. T. 496 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zunger tüchtiger Stempelschneider stem in Stadt und Feuz, sucht sich zu verändern. Unzustand nicht ausgeschlossen. Werte Offerten unter K. F. 602 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schriftgießereifaktor

in der Lage, den hochgepanneten Anforderungen der Neuzeit zu entsprechen, mit Umsicht und Energie auch dem größten Personale vorzustehen und den Betrieb rational zu leiten, wünscht sich zu verändern. **Tüchtiger, Fachmann** und **Maschinenkennner**, firm in der Herstellung von Nidelmatrizen. Werte Off. unter F. O. 485 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zum 40jähr. Bestehen des Verbandes erschienen: Dichtung von **Festhymne** kompon. von **Verbandshymne** A. Schwabert Verlag Radell & Hille, Leipzig.

Buchdruckerei-Einrichtungen

jeden Umfangs, werden prompt, zu günstigen Konditionen effektiviert. Große Auswahl moderner

Akzidenz- und Brotschriften

Einfassungen und Vignetten. Mit Proben u. Kosten-Voranschlägen stehen wir jederzeit zu Diensten

Schriftgießerei Bröt & Glock Frankfurt a. M. - Bockenheim

Gesetzt aus unserer Reform-Antiqua

Weißbleisäßen, Hartbleisäßen, Schriftsäßen, Stereotypsäßen zu kaufen gesucht. Muster erbeten.

Hermann Bodenheimer Frankfurt am Main. 481 **Telegraphenadresse: Metallorbd, Frankfurt/Main.** Anhang zum Tarife von Konrad Glöcher. Preis des Exemplars 30 Pf. (3 Bf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsamtlingsnäre sowie G. S. & B. H. Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

.. Maschinenfabrikvereinigung Gau Osterreich-Thüringen. ..

Freitag, den 26. Februar, vormittags 11 Uhr, im „Volksbaus“ in Weimar: Generalversammlung.

U. a. setzen auf der Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zum Kongresse. Berlegung des Vorortz. Beiträge usw. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht. **Der Vorstand.** 492

- Dem Verband und seinen Mitgliedern gewidmete und bestens eingeführte empfehlenswerte Werke.
- Konrad Eichler, Reisehandbuch für die organisierten Buchdrucker Deutschlands. Mit Karte 1,50 Mk.
- W. Krahl, Deutsches Buchdruckerlexikon 1,25 Mk.
- Schweichert-Krahl, Festhymne, 4stimmiger Männerchor mit Begleitung. Klavierauszug 2 Mk., Stimmen à 20 Pf., Orchester 3 Mk.
- Schweichert-Krahl, Festmarsch für Streichorchester mit Schlusschor, Klavierauszug 3 Mk., Stimmen à 20 Pf., Orchester 6 Mk.
- Ausführliche Prospekte gratis und franko.
- Zu beziehen durch die Herren Verbandsfunktionäre oder direkt vom Verlage Radell & Hille, Leipzig.

Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten.

Speziell für Lehrlings- und Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet, nebst einer Ordnung für die Gehilfenprüfungen. Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen Buchdruckervereins. Serie I: Der Schriftsetzer. Serie II: Der Drucker. Gebunden je 2,50 Mk. Der Lehrgang sowohl des Setzers wie des Druckers ist je vier Lehrjahre geschieden, die Fragen wie die Antworten entsprechen dem notwendigen Bildungsgange des Schülers. Nach § 129 der Gewerbeordnung dürfen nur diejenigen Lehrlinge anleiten, welche nach vierjähriger Lehrzeit die Gehilfenprüfung bestanden. 491 **Verlag von Julius Mäser, Leipzig-R.**

Stenographie (St.-Sch.). Kollegen empfehle ich den **Lehrbuch zum Selbstlernen** nebst Schreibheften. Preis 1,50 M. G. Mühsel, Oberamtsrat bei Darmstadt. 495

Charaktervolle, äußerst schöne gewandte Handschrift wird durch das **neuartige, stunden einfache Verfahren „Express“** aus F. Rumpffs Lehrmittelverlage, Großberkel 5 (Hannover), erlangt. Preis nur 90 Pf. 4. Auflage (5000). 492

Magenleiden! Stuhiverstopfung! Hämorrhoiden! kann man selbst hellen. Auskunft ert. kostenlos gerne an jedermann Krankenschwester Marie, Nicolastr. 6 Wiesbaden. C. 105.

Am 15. Februar verstarb in seiner Heimat nach langem Leiden an der Berufskrankheit unser lieber Kollege, der Setzer **Otto Rennicke** aus Harzgerode, im 22. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 508 **Der Ortsverein Quiedlung.**

Am 17. Februar verstarb nach langem Leiden an der Berufskrankheit unser lieber Kollege, der Setzer **Ludwig Piehler** im 49. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 500 **Die Mitgliedschaft Aueburg.**

Hunderttausende Kunden. **Vieltausende Anerkennungen.** **Jonass & Co.** Berlin SW. 247. **Belle-Alliance-Strasse 3** Verlagslieferanten vieler Beamtenvereine, liefern auf **bequeme Teilzahlung.** Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.



Todesanzeige. Am 17. Februar verschied nach längerem Leiden im Alter von 89 Jahren an der Berufskrankheit unser werter Kollege, der Setzer **Karl Halbleib** 499 aus Gersfeld (Röhn). Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt. **Der Ortsverein Aschaffenburg.**

Am 17. Februar verstarb nach langem Leiden an der Berufskrankheit unser lieber Kollege, der Setzer **Ludwig Piehler** im 49. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 500 **Die Mitgliedschaft Aueburg.**